Zweite Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 103. Donnerstag den 12. April 1888. 82. Jahrgang.

Die Kanzler-Krisis.

* Ueber den Verlauf der Kanzler-Krisis liegen heute Meldungen von entscheidendem Charakter nicht vor, dagegen ist eine Reihe von Berichten zu verzeichnen, welche die Schwere und Bedeutung der Krisis erkennen lassen. Die „Nationalliberale Correspondenz" kehrt sich besonders gegen die „freisinnige" Presse, die bekannten von Eugen Richter gelenkten Blätter. Das Blatt schreibt:

Deutschfreisinnige Blätter suchen bei ihrem gegen den Reichskanzler gerichteten Arbeiten die Meinung zu verbreiten, das deutsche Volk würde den Rücktritt des Fürsten Bismarck mit großer Kühle und Gleichgiltigkeit aufnehmen. Die „Freisinnige Zeitung" schreibt: „Es hat selbst uns befremdet, mit welcher verhältnißmäßigen Kühle und Ruhe die Nachricht einer Krisis überall in Deutschland aufgenommen worden ist. An der Börse verloren die mißgeborenen 3½procentigen Staatspapiere noch nicht einmal vorübergehend ⅛ Procent. Je lauter der Tumult der Reptilienpresse wurde, desto ruhiger verhielt man sich sonst in der Oeffentlichkeit. Wenn es einmal wirklich zum Rücktritt des Kanzlers kommen sollte, so wird man staunen über die Wahrnehmung, in wie großem Umfange in Deutschland die Gesinnungstüchtigkeit des Kanzlers mit der Macht des Kanzlers zusammenfällt." Die deutschfreisinnige Presse befindet sich mit solchen Darstellungen denn doch in einem starken Irrthum oder sie stellt Behauptungen auf, an die sie selbst innerlich nicht glaubt. Wenn im Volke eine mächtige Bewegung anläßlich der Krisisgerüchte bisher nicht zu Tage getreten ist, so kommt dies daher, daß Jedermann der festen Ueberzeugung war und noch ist, eine Wendung, welche den Rücktritt des Reichskanzlers wirklich zur Nothwendigkeit machte, sei unter den heutigen Verhältnissen unerdenkbar. Es geht durch alle Kreise des Volks die feste Ueberzeugung, daß unter den heutigen Umständen das Reich die Dienste des Fürsten Bismarck nicht entbehren kann und daß Kaiser Friedrich den Weg finden wird oder bereits gefunden hat, das Verbleiben des bewährten Rathgebers zu ermöglichen. Dies spricht auch eine in Leipzig vorbereitete Adresse an den Reichskanzler aus. Das Vertrauen des Volkes zu dem Fürsten Bismarck und die schweren Besorgnisse, die sein Rücktritt einflößen müßte, würden sich ohne Zweifel sehr lebhaft aussprechen, sobald im Volke wirklich die Meinung Platz griffe, diese Gefahr stände uns nahe bevor. Allein das Vertrauen zu der Weisheit des Kaisers will eben diese Meinung nicht aufkommen lassen.

Die „Berliner Politischen Nachrichten" kehren sich gegen den Battenberger. Es heißt in dem Artikel:

In der inländischen und auswärtigen Presse bildet nach wie vor die Kanzler-Krisis das Hauptthema. Wir haben uns bisher jedes Urtheils zur Sache enthalten und werden auch heute aus unserer Reserve nicht herausträten. Die Art und Weise aber, wie die Diskussion in der Presse geführt wird, zwingt uns, die Aufmerksamkeit unserer Leser auf einige Punkte hinzulenken, welche unseres Erachtens bisher völlig übersehen sind.

Bei uns und in England wird die Ursache zu der Kanzler-Krisis immer nur in dem Project einer Heirath zwischen der Prinzessin Victoria und dem Prinzen Alexander von Battenberg gesucht. Jedenfalls handelt es sich aber um mehr als eine Ehe. Ist der Prinz Schwiegersohn des deutschen Kaisers, so wird er sicherlich auch eine Stellung im öffentlichen Leben beanspruchen. Bei seinen bekannten Gesinnungen wird er für das otium cum dignitate wenig Neigung empfinden. Wir erinnern daran, daß bald, nachdem der Prinz Bulgarien hatte verlassen müssen, in gewissen Zeitungen der Gedanke als Candidat für die Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen auftauchte. Als Schwiegersohn des Kaisers würde der Prinz schwerlich die Aspirationen herabstimmen, die er nach dem Sturz von dem bulgarischen Thron gehabt hat.

Bekanntlich ist der Prinz in den Listen der russischen Armee eingetragen. Wenn der deutsche Kaiser unmittelbar nach seinem Regierungsantritt den Prinzen ein Armeecorps überträgt oder ihn sonst militärisch ausgezeichnet, so würde darin eine feindselige Kritik des russischen Verfahrens liegen, ein scharfer Tadel des Zaren. Aber auch nach einer anderen Richtung hin würde eine hohe militärische Stellung des früheren Fürsten von Bulgarien nicht ohne Bedenken im Interesse des Reiches sein.

Prinz Alexander verdankte seine Wahl zum Fürsten von Bulgarien lediglich dem Kaiser von Rußland, seinem nahen Verwandten. Indem er aus der Hand des Zaren die bulgarische Krone acceptirte, übernahm er eine Verpflichtung der Dankbarkeit und Treue. Die Wege aber, welche seine Politik einschlug, sind noch in frischer Erinnerung: er brach dem Kaiser Alexander, seinem Oheim, die Treue; er verlor auch das Vertrauen der Balkanstaaten, der Türkei und schließlich Oesterreichs. Diese Antecedentien sind bei der Frage wohl zu erwägen, ob diesem strebsamen Prinzen remunerirende Stellungen wie eine Statthalterschaft an den Grenzen des Reichs oder sonst ein Commando zu übertragen wären. Wir haben nicht ein, warum seine Anhänglichkeit an den deutschen Kaiser bei eintretenden Verwickelungen fester sein sollte, als es die an den russischen, seinen nahen Verwandten, gewesen ist.

Das „Deutsche Tageblatt" berichtet aus zuverlässiger Quelle Nachstehendes:

Vor dem Putsch, den Alexander von Battenberg zur Vereinigung von Rumelien und Bulgarien unternahm, wurde derselbe zu Ischl nach Franzensbad berufen. Da Bulgarien und Rumelien ja stets durch russische Agenten beobachtet wurden, so war es natürlich, daß der russischen Regierung Mittheilungen über die Vorbereitungen zum Putsch zugingen. Die Zusammenkunft zwischen den damaligen Fürsten von Bulgarien und dem russischen Minister sollte den Zweck haben, der russischen Regierung Gewißheit über die Zukunftspläne des Fürsten zu schaffen; die russische Regierung wollte absolut jeden Gewaltstreich verhindern, da sie Gefährdung des europäischen Friedens befürchtete. Alexander von Battenberg gab dem Zaren Alexander durch Giers das Wort, Rumelien mit Bulgarien nicht durch einen Gewaltstreich zu vereinigen, überhaupt nichts ohne Zustimmung Rußlands zu unternehmen, was leicht verhängnißvoll ist, da er vor dem Putsch, vor dem serbischen Kriege mehrmals nur durch Autorität des russischen Zaren auf seinem Throne gehalten wurde und außerdem nur von russischem Gelde lebte, da er eine jährliche Unterstützung von 116 000 Rubel bezog. Wenige Wochen nach dem Rendezvous in Franzensbad war Alexander von Battenberg in Rumelien und hatte bewirkt, da man seinem Worte geglaubt hatte, sogar das über Bulgarien stets gut orientirte Rußland überrumpelt. Wer den Krieg rechtlicher Charakter Alexander's III. kennt, wird wissen, daß derselbe diesen Vertrauensbruch nie verzeihen würde, war er außerdem doch der fortlaufende Undank gegen Rußland. Die Entziehung der Unterstützung, die Ausbeutung des Battenberger's auf der russischen Armee sind ja ebenso bekannte Momente wie der, daß er sich an England verkaufte. Jede Nachricht, daß Kaiser Alexander schon als Thronfolger dem Battenberger Abneigung entgegenbrachte, ist falsch, denn ohne seine Zustimmung hätte Alexander II. nie dem Battenberger den bulgarischen Thron verschafft, außerdem hat Alexander III. einmal die jährliche Unterstützung für den bulgarischen Fürsten erhöht, eine nochmalige Erhöhung hat er zwar bei den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau abgeschlagen, da er bei seiner bekannten Sparsamkeit, seiner schlichten Lebensweise 116 000 Rubel für genügend hielt.

Die Berliner Nachrichten der Wiener Blätter stimmen darin überein, daß die Entscheidung über die Krisis wohl vorläufig verschoben, daß aber deren Ausgang völlig unabsehbar sei. Die „Neue Freie Presse" läßt sich berichten, daß Kronprinz Wilhelm ein noch heftigerer Gegner des Heirathsprojectes als der Reichskanzler ist. Kaiser Friedrich selbst soll eine entschiedene Willensmeinung über das Heirathsproject nicht abgegeben haben. Die inspirirten Journale in Wien haben sich bisher jeder eigenen Meinungsäußerung in der Sache enthalten und beschränken sich auf die Wiedergabe der Berichte ihrer Berliner Correspondenten.

Die „Kölnische Zeitung" giebt folgenden Bericht über den Stand der Krisis:

Wir haben bereits die in der „Frankfurter Zeitung" erschienene Darmstädter Mittheilung erwähnt, laut welcher seit Anfang des Jahres 1884 eine ehrliche Verbindung zwischen der Prinzessin Victoria und dem Prinzen von Battenberg ein Lieblingswunsch der jetzigen Kaiserin gewesen ist. Die betreffende Angelegenheit ist darnach, bei der Vermählung der ältesten Tochter des Großherzogs, zwischen dem Fürsten Alexander und der damaligen Kronprinzessin des deutschen Reichs soweit als nur möglich gefördert worden. An jene Mittheilung des Frankfurter Blattes knüpften wir in der Sache folgende Betrachtungen, die der ritterlichen Person des jungen battenbergischen Prinzen ebenso gerecht wurden wie dem weiblichen Empfinden gegenüber einem solchen Helden. Es ist gewiß nicht nur begreiflich, sondern, rein menschlich gesprochen, edel und echt weiblich, wenn — wie wir damals schon erwähnt haben — hochstrebende Frauen über solchen Herzensangelegenheiten die Politik und die Interessen der Dynastie zeitweilig aus den Augen verlieren; darum ist es ein besonderer Vortheil unserer preußischen Einrichtungen, daß zu den Hütern dieser Interessen geistlich und naturgemäß nicht sie, sondern der Kaiser und sein verantwortlicher Berather berufen sind. Dieser Obhut darf sich das deutsche Volk mit Zuversicht anvertrauen. Es ist kein Geheimniß, daß die fragliche Verbindung eben nur ein Lieblingswunsch der Kaiserin ist. Kaiser Friedrich ist von je her dem Plane wenig geneigt gewesen, und was den Kanzler anbetrifft, so dürfte jeder Zweifel an dessen Stellung ausgeschlossen sein. Das Ungeziemteste, was die dem Reichskanzler feindlich gesinnte Presse in der ganzen Angelegenheit wider ihn vorgebracht hat, war die Unterschiebung, es verstehe wieder die Treue gegen den Herrscher, daß dessen erster Diener ein Vorhaben bekämpfe, welches des Königs Gemahlin betreibe. Solche Behauptungen aussprechen, heißt das Wesen unserer Monarchie auf den Kopf stellen und die oberste Pflicht des verantwortlichen Ministers in ihr Gegentheil verkehren. Es giebt nur einen Willen, dem der Minister unterworfen ist, und das ist der Wille des Königs, der allein das Scepter trägt. Fürst Bismarck hat sich schon seit Jahren mit dem Gedanken des Rücktritts von den Geschäften getragen. Seine mehr als vierzigjährige Wirksamkeit im öffentlichen Leben, eine Thätigkeit, wie sie aufregender und arbeitsvoller kaum gedacht werden kann, ist selbstredend nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Daß er jenem Gedanken trotzdem nie Folge gegeben hat, muß auf die persönliche Anhänglichkeit zurückgeführt werden, welche den Kanzler an seinen hochherzigen Herrn band. Wenn der Kanzler sich dazu entschlossen hat, unter Kaiser Friedrich weiterzudienen, so wird dies vermuthlich auf Grund bestimmter Programme geschehen sein. Selbst der ehrgeizigste Streber würde ein Minister-Portefeuille doch nur auf Grund eines Programms annehmen. In dem Programm, welches zwischen Kaiser Friedrich und dem Fürsten Bismarck besteht, gehört aber sicherlich, daß letzterer nur dem König, aber keiner Königin — auch nicht der von England — diene. So allein kennt es unsere Verfassung, und so ist es alle Jahrhunderte hindurch der Geist unseres gesammten deutschen Lebens gewesen und wird es — so Gott will — bleiben. Fürst Bismarck wenigstens hat in seinem langen staatsmännischen Wirken seinem Monarchen stets mit unverbrüchlicher Treue gedient — aber auch nur diesen.

Sodann beleuchtet das rheinische Blatt die Haltung der englischen Presse in dieser Angelegenheit in folgender Weise:

Die noch immer nicht gelöste deutsche Kanzler-Krisis nimmt besonders in den Erörterungen der englischen Presse einen breiten Raum ein. Die „Times", welche zuerst einerseits die Ansicht vertrat, der Battenberger, welcher sich aus der geplanten Verlobung nichts mache, sei kein geeigneter Gemahl für eine preußische Prinzessin, und auf der anderen Seite unsere, der Staatsraison entnommenen Gründe gegen den Heirathsplan aufgefangen würdigte, sucht sich jetzt durch eine langsame Schwenkung auf einen Standpunkt zu stellen, welcher dem Plane und, wie zugegeben werden muß, den englischen Interessen günstiger ist. Bemerkenswerth ist die von der „Times" verzeichnete Angabe, Fürst Alexander habe in dem Augenblicke, als er im Jahre 1886 Bulgarien verließ, geäußert: „Ich kann jetzt nicht hier bleiben; vielleicht komme ich später zurück, aber es muß sich in Deutschland etwas ereignen, bevor ich zurückkehre." Es ist bekannt, daß der Battenberger niemals im Stande war, die besonnene Zurückhaltung, welche Deutschland gegenüber der bulgarischen Frage beobachtet, aus den deutschen Interessen heraus zu begreifen, und daß er für die deutsche Politik deshalb nur die eine Erklärung zu finden wußte, daß Fürst Bismarck ihn mit seinem persönlichen Hasse verfolge, einem Hasse übrigens, den er ehrlich erwidert haben mag. Wir wollen dem gegenüber nur wiederholen, daß es äußerst bedenklich wäre, durch eine Heirath, welche der Battenberger wesentlich unter politisch-militairischen Gesichtspuncten betrachten mag, die Bildung einer unruhigen Hofpartei zu ermöglichen, welche die bewährten Grundlagen unserer Friedenspolitik verrücken könnte. Ein besseres Verständniß als der Battenberger und seine Verbündeten zeigt ein anderes englisches Blatt, welches an leitender Stelle vollkommen zutreffend bemerkt: „Es ist kaum möglich, daß der deutsche Kaiser als Schwiegervater des Helden von Slivnitza der orientalischen Frage gegenüber jene unabhängige Haltung behaupten könnte, welche festgehalten das Hauptziel Bismarck's während der letzten Jahre war. Welche Hoffnung würde noch übrig bleiben, daß der letzte Wunsch des sterbenden Kaisers Wilhelm nach Pflegung freundschaftlicher Beziehungen mit Rußland sich erfülle, wenn der Schwiegersohn des deutschen Kaisers in jedem Augenblick von den aufgeregten Politikern in Sofia auf den bulgarischen Thron berufen werden kann? Der deutsche Reichskanzler verzichtet nie, daß Deutschland, wenn es am Bosporus oder an der Donau einen Mißgriff begeht, am Rhein und an der Mosel mit dem Blute seiner Söhne dafür bezahlen muß. Ein deutscher Krieg mit Rußland bedeutet auch einen deutschen Krieg mit Frankreich, dagegen ist es dem deutschen Reiche, wenn es seine Karten richtig ausspielt und es vermeidet, sich in Dinge zu mischen, die Deutschland unmittelbar nichts angehen, möglich, mit dem Zaren auf gutem Fuße zu stehen, selbst wenn es ein Ultimatum an Frankreich richtet." Der „Standard" stellt sich damit vollständig auf unseren Standpunct. Nähme Deutschland in der bulgarischen Frage gegen Rußland Partei, so würde eine gespannte internationale Lage geschaffen, welche nur in einem Weltkriege ihre Lösung haben könnte. Und eben deshalb erwarten wir, daß unsere auf klaren Vernunftprincipien beruhende kaiserliche Politik nicht durch höfische und feuerhafte Elemente verwirrt und getrübt werde. An einer anderen Stelle räumt ein Petersburger Telegramm des „Standard" mit den Irrthümern der russischen Presse auf, welche von der falschen Voraussetzung aus, daß die Bestimmung des Berliner Vertrags, wonach kein Glied einer herrschenden großmächtlichen Dynastie Fürst von Bulgarien werden dürfe, dem Schwiegersohne des deutschen Kaisers verwehren würde. Fürst von Bulgarien zu werden, bekanntlich den geradezu wahnwitzigen Schluß gezogen hat, Fürst Bismarck bekämpfe den Verlobungsplan aus Haß gegen Rußland. Die Voraussetzung ist falsch, weil der Battenberger auf keine Weise ein Glied der Dynastie Hohenzollern werden kann. Das Petersburger Telegramm des „Standard" sagt: „Die Auschauung der russischen Presse ist ganz falsch. Eine derartige Heirath würde sicherlich die Ansichten und Ansprüche des Battenberger's vermehren; da man die Rückkehr des Battenberger's nach Bulgarien Rußland unbedingt und unmittelbar ins Feld bringen würde, so ist es abgeschmackt, zu behaupten, man würde die Heirath in Petersburg mit Gleichmuth betrachten. Es ist gewiß, daß die Ansichten der russischen Regierung über diesen Punct in Berlin vollkommen bekannt sind und mit aller Achtung behandelt werden dürften." Diese Angabe stimmt, von Nebenpuncten abgesehen, vollständig mit unseren Nachrichten überein. Wir brauchen übrigens wohl nicht hinzuzufügen, daß maßgebend für die Beurtheilung der Angelegenheit nicht die russischen Ansichten und Stimmungen, sondern die deutschen Interessen, das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes sind. Zum Schluß mag noch erwähnt werden, daß das „Journal des Débats" sich nicht wenig darüber verwundert, daß die englische Presse sich nicht leidenschaftlicher für einen Plan einsetze, der den englischen Interessen so günstig sei. Das französische Blatt meint schließlich, die Engländer seien zu klug, als daß sie den englischen Einfluß in Deutschland durch Begünstigung eines Planes schädigen sollten, der ja doch ausschließlich sei. Das sei die Losung des Rätheisels, daß der Günstling der englischen Königin nicht auch in gleichem Grade der Günstling der englischen Presse sei. So legt auch ein französisches Blatt sich die würdige Haltung der englischen Presse zurecht.

Die „Kölnische Zeitung" unterzieht sich schließlich der Mühe der Abfertigung der Berliner Fortschrittspresse und der mit ihr verbündeten jesuitisch-demagogischen Enzlanspresse. Sie führt Folgendes aus:

Die Haltung der Blätter der vereinigten Opposition in der Frage der Kanzler-Krisis wird immer beschämender. Wie kein anderes Volk ist das deutsche durch den Reichskanzler selbst über die Grundzüge seiner Politik in den auswärtigen Angelegenheiten und vor allen Dingen Rußland gegenüber unterrichtet worden. Als er seine letzte große Reichstagsrede hielt, da durchlief ein Ruf der Bewunderung die ganze Welt und der Spruch, den er damals mit scharfer Betonung aussprach: „Wir Deutsche fürchten niemand, außer Gott!" wurde vom jubelnden Zuruf des ganzen deutschen Volkes begrüßt. Selbst die verbissensten Bismarckfresser im deutschen Volk mußten darauf in diesen Zuruf einstimmen. Seitdem sind nur die Folgerungen aus jener politischen Haltung gezogen worden. Folgerungen, die zudem bereits seit dem Jahre 1884 jedem unterrichteten Staatsmanne bekannt sind, und jetzt wagen dieselben Scherer zur Schmach Deutschlands jenen Spruch in einen andern umzukehren: „Wir Deutsche fürchten niemand, außer dem Zaren!" oder wie ein ultramontanes Blatt es ausdrückt: „Wir Deutsche fürchten Gott und die Nerven des Zaren!" Den Vorwurf, den kein ausländischer Gegner des deutschen Reichs zu erheben wagt, den Vorwurf der Furcht, erheben in blindem Bismarckhaß deutsche Parteiführer und deutsche Blätter, obwohl sie die Haltung der deutschen Politik genau kennen und obwohl sie wissen, daß das Gespenst der bleichen Furcht ihnen selbst weit bekannter und wirksamer ist, als unserem eisernen Reichskanzler. Wenn auf dem Dache des Nachbarhauses ein Stein herabzufallen droht, so geben wir, so lange derselbe nicht von neuem befestigt ist, in einem Bogen an der Grenze vorüber, um beim Herabfallen des Steines nicht beschädigt zu werden, und alle Welt wird ein solches Verhalten nicht blöde Furcht, sondern weise Vorsicht nennen. Auf dem Dache des europäischen Friedenspalastes ist ein Stein, die bulgarische Frage, locker geworden: den Betheiligten ist es noch nicht gelungen, ihn dauernd zu befestigen; das am wenigsten betheiligte Deutschland hat selbstverständlich das größte Interesse, daß dieser Stein beim Herabstürzen nicht auf uns falle und hier Schaden stifte. Deutschland hat also auch das größte Interesse, sich nicht nur aus dem Bereiche des herabstürzenden Steines fernzuhalten, sondern auch alles zu vermeiden, was den Stein ins Stürzen bringen kann. Und nun soll plötzlich dieses Verhalten, das seit Jahren offen vor der Welt dargelegt und vor Allem in Deutschland allerseits gebilligt ist, nicht weise Vorsicht und Wahrnehmung eigener Interessen sein, sondern feige Furcht! Seit dem Jahre 1884 weiß jeder Unterrichtete, daß der Fürst Bismarck aus schwerwiegenden politischen Beweggründen unter der vollsten Zustimmung Kaiser Wilhelm's sich gegen eine Heirath ausgesprochen hat, die schon damals dem Abschlusse nahe war. Derselben politischen Gründe haben eine besondere Neugestaltung der militairischen Verhältnisse des Battenbergers zwei Jahre später veranlaßt, ohne daß auch nur eine Stimme in Deutschland dem Kaiser Wilhelm den Vorwurf der Furcht zu machen gewagt hätte. Heute nun, wo die politische Lage nicht besser, wo die Friedenssicherheit nicht größer ist, als vor vier und zwei Jahren, heute wagt man es, dem deutschen Reichskanzler der Furcht zu zeihen, wenn er einem plötzlichen Wiederauftauchen desselben bedrohlichen politischen Heirathsplanes denselben scharfen Widerstand entgegensetzt, den er ihm vor vier Jahren und seitdem unausgesetzt geleistet hat! Und heute wagen es Leute, die nicht würdig sind, dem treuesten Diener der Krone die Schuhriemen zu lösen, diesem Reichskanzler Illoyalität gegen sein Herrscherhaus vorzuwerfen! Die deutschfreisinnige Parteipresse zumal hat sich in diesen ernsten Tagen ein Denkmal gesetzt, von dem wir hoffen möchten, daß es in immer weiteren Kreisen dem deutschen Volke die Augen darüber öffnet, auf welch' falschem und gefährlichem Wege die Fortschrittspartei wandelt und Deutschland zu verderben sucht. Sie wagt es jetzt, den Kaiser gegen den Reichskanzler auszuspielen, obwohl sie weiß, daß ein solcher Gegensatz überhaupt nicht besteht; sie sucht neue Fragen in die jetzige Krisis hineinzutragen, um die Sachlage zu verwirren und den Kampf auf das innere Gebiet zu übertragen, auf dem sie den von ihr gefürchteten Meister der auswärtigen Politik vermeintlich glaubt. Wir lassen uns auf die Einzelheiten der Fragen, die sie jetzt aufwirft, nicht ein; wir wollen nur nochmals betonen, daß die Darstellung der Krisis und der Gründe ihrer Entstehung, wie sie in der „Kölnischen Zeitung" vom 5. April kurz und bündig mitgetheilt worden, voll und ganz dem wirklichen Sachverhalte entspricht und die Frage selbst vollständig umgrenzt. Was über diese Grenzen hinaus von andern Blättern berichtet ist, beweist eben nur, daß diese Blätter über den wirklichen Sachverhalt nicht unterrichtet sind und daß sie unbegründete Vermuthungen fälschlicherweise als Thatsachen ausgeben.

* Berlin, 11. April. (Wolff'sches Bureau.) Die Kaiserin Victoria verweilte gestern Abend im hiesigen Palais und hatte daselbst eine fast zweistündige Unterredung mit dem Reichskanzler. Der „Nationalzeitung" zufolge hätte namentlich der Großherzog von Baden sich um die definitive Erledigung der obwaltenden Schwierigkeit bemüht.

Militairisches.

* In Oesterreich-Ungarn sind die für die Wehrkraft und Wehrfähigkeit des Reichs so wichtigen Verhandlungen, betreffend die Erneuerung und Reform des Wehrgesetzes, zwischen den betheiligten Factoren so weit gediehen, daß, nach Meldung der officiösen „Budapester Correspondenz", nunmehr die meritorischen Verhandlungen in erster Reihe zwischen den beiderseitigen Landesvertheidigungs-Ministerien fortgesetzt werden, da ja namentlich diese Minister, welche den seiner Zeit den Parlamenten zu unterbreitenden Gesetzentwurf vor denselben zu vertreten haben, sich über alle einzelnen Details der Vorlage zu einigen haben werden. Dieser wichtige Gesetzentwurf dürfte diesmal nicht, so wie vor zehn Jahren, lediglich eine Erneuerung des 1868er Wehrgesetzes bilden, sondern mehrere Modificationen von weitestlicher Bedeutung enthalten. Vor Allem soll von der ziffermäßigen Fixirung des Kriegsstandes der gemeinsamen Armee Umgang genommen werden. Diese Fixirung ist, schreibt die genannte Correspondenz, eine wiederholt überflüssige. Dem Parlamente steht ja mit der Votirung des Recrutencontingentes alsdann die Feststellung des Friedensstandes zu, so daß die möglichst genaue Aufrechterhaltung des Kriegsstandes von 800 000 Mann stets von der Legislative gesichert und controlirt werden kann. Jährlich das Recrutencontingent votiren und gleichzeitig gesetzlich einen fixirten Kriegsstand für zehn Jahre festsetzen — das ist eigentlich ein Widerspruch. Das Parlament begiebt sich sämmtlich des Rechtes, eventuell auch ein kleineres Recrutencontingent bewilligen zu können — ganz abgesehen davon, daß die Regierung thatsächlich eine Gesetzverleihung begehrt, wenn, was ja kaum zu vermeiden ist, der Kriegsstand faktisch auch nur um 10 oder 20 Mann niedriger oder höher ist. Selbstverständlich umgeht die Nichtfixirung des Kriegsstandes durchaus nicht eine Erhöhung desselben, was die Regierungen um so weniger planen, als ja die Ersatzreservisten auch im Sinne des bisherigen Wehrgesetzes im Mobilisirungsfalle einberufen werden.

Eine weitere wichtige Aenderung des Wehrgesetzes wird die Bestimmung bilden, daß die Wehrpflicht auffällt mit dem zwanzigsten mit dem einundzwanzigsten Lebensjahre beginne. Weitestliche Aenderungen werden ferner bezüglich der Einjährig-Freiwilligen-Institution geplant. Namentlich sollen die Einjährig-Freiwilligen im Gesetze ausdrücklich verpflichtet werden, mit Ende ihres Dienstjahres die Offiziersprüfung abzulegen, da sie sonst noch ein weiteres Jahr dienen müßten. Hingegen soll es den Einjährig-Freiwilligen nicht unmöglich gemacht werden, während ihres Dienstjahres ihren Studien abzuliegen. Einen weitestlichen Nachtheil des Wehrgesetzes, nicht so sehr in Ungarn, wo dessen Text in dieser Beziehung eine größere Latitude zuläßt, als vielmehr in Oesterreich, bildete bisher die Bestimmung desselben, welche die provisorische Erhöhung des Friedensstandes auch nur eines geringen Theiles der Armee unmöglich machte. Es können sehr häufig in der einen oder der anderen Gegend der Monarchie Fälle eintreten, die es dringend nöthig machen, daß der Truppenstand der dort garnisonirenden Regimenter zeitweilig erhöht werde. Nach dem bisherigen Wehrgesetze kann ohne förmliche Ordre zur partiellen Mobilisirung eine solche Erhöhung nicht durchgeführt werden, und auch dann können nur die größtentheils verheiratheten Reservisten mit Unterbrechung ihrer bürgerlichen Beschäftigung einberufen werden. Diesem Uebelstande kann in der einfachsten Weise abgeholfen werden, wenn im neuen Wehrgesetze ausgesprochen wird, daß der Kriegsminister in bestimmten zu umschreibenden Fällen im Frieden den Stand einzelner Regimenter provisorisch in der Weise erhöhen kann, daß bloß die Reservisten des jüngsten Jahrganges und außerdem die Ersatzreservisten, die ja ebenfalls lediglich durch das Loos eine so unvergleichlich günstigere Situation haben, zu ihrer Truppe einberufen werden.

Die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Ministerien werden übrigens noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, und gelangen die betreffenden Gesetzvorlagen keineswegs vor dem Herbst in den Parlamenten zur Unterbreitung.

Aus Süd-Afrika.

O. U. Johannesburg (Transvaal), Ende Februar. Infolge der Goldentdeckungen im deutschen Südwest-Afrika und Wales (England) kann es auch dem nüchternsten deutschen Bürger passiren, das Goldfieber zu bekommen. Mancher Landsmann trägt sich vielleicht schon mit Plänen, wie er am schnellsten nach Angra Pequena zu kommen ist, um von dort ins Land zu gehen, Gold zu graben. Wohl wäre man freilich bedeutend näher, wollte jedoch den Germanen nicht rathen, nach dort zu gehen. John Bull würde sich sehr in „Boyer-Position" stellen. Die Kimberley Blatt sagt, indem es die neuen Goldentdeckungen in Deutsch-Südwest-Afrika bespricht, daß die englische Machtsphäre in Südafrika immer da ende, wo die reichen Goldbezirke anfangen. So mit Transvaal und Swaziland, Maschonaland, Deutsch-Südwest-Afrika ꝛc. Ja, England hat einen großen Wagen. Glaube, daß der englische Löwe die Tage bereits erhoben hat, um derselbe auf Swaziland und Amatongoland fallen zu lassen, d. h. diese Länder annektiren wird. Beiliegende Nummerstatt predigen in Tageblättern und Broschüren in Einem fort, daß dies und jenes Gebiet in Südafrika England noch haben müsse. Sie schlagen vor, Durban in Natal zum Freihafen zu machen, um Delagoa Bay zu ruiniren, oder letzteren Hafen zu kaufen. Dann soll England sich des guten Hafens (der Name ist mir leider entfallen) nördlich von Delagoa Bay, versichern und den Handel nach dort zu ziehen versuchen. Dann unterbreite vielleicht auch der Bau der Bahn von der portugiesischen Grenze nach Pretoria. Man ärgert sich, daß letztere Strecke mit deutschtoulandischem Capital gebaut werden soll, und befürchtet, daß der deutsche Einfluß in Transvaal sich mächtig steigern werde. Ein Colonie-Blatt träufelt jedoch etwas Balsam mit der Behauptung, daß englisches Capital zum Bau besagter Strecke sich nicht willig finden ließ, in die Wunde. —

Der erste Theil der Lorenzo Marques-Pretoria-Bahn wurde am 14. December v. J. durch den General-Gouverneur von Mozambique, Senor Augusto de Castilho, eröffnet. Die Strecke ist 81 km lang und endet bei Matola-cuno, am Komatie-Fluß. 9 km weiter beginnen die Lebombo-Berge und damit größere Schwierigkeiten für den Bahnbau. Unter den neugegründeten Stationen und Orten soll Moroni, 67 km von Lorenzo Marques, am wichtigsten wegen des Fuhrwerkes sein. Hoffentlich wird man in nicht allzu ferner Zeit von der Küste nach Barberton (Goldfelder) und Pretoria dampfen können. — Die Capschen Blätter bringen von Zeit zu Zeit Notizen über das Vorgehen der Deutschen in Pondoland, welches beweist, daß man unsere Landsleute stets im Auge behält. Ob Herr Nagel noch daselbst weilt, vermag ich nicht zu sagen. Herr Einwald soll sich noch in Pondoland befinden, es gelinge ihm jedoch nicht, das Zutrauen der Häuptlinge zu gewinnen. Umquikela, der Oberhäuptling, ist bekanntlich vor mehreren Monaten gestorben, man sagt am delirium tremens. Ob sein Sohn Sigcam sein Nachfolger wird, ist noch nicht entschieden. Derselbe ist beim Volk beliebt, mit den anderen Häuptlingen jedoch nicht einig. — In Capstadt hat sich ein Syndikat gebildet, welches den Capweinen, welche noch der von Baron von Babo gelehrten Weise bereitet wurden, in Europa ein Absatzgebiet schaffen, auch europäischen Begriff marktfähig machen will. Wir hoffen, daß sich hier die Begriffe „marktfähig machen" und „süßlich" nicht decken. — Ein angesehener Amerikaner prophezeit, daß die Blumen auf den Hüten der Damen bald wieder durch Federn, wollen heißen Straußfedern, verdrängt werden würden. Die Straußenfarmer dürften sicher nichts dagegen einzuwenden haben. Die Federn aber, wo man ein Pfund weißer Straußenfedern mit 40—45 £ — 800—900 ℳ bezahlte, dürften schwerlich wiederkehren. Straußeier sind jetzt sehr billig. So wollte ein Farmer in Koeberg, unweit Capstadt, seine letzten 25 Straußeier für 1 £ 10 s das Stück verkaufen. Ein Kaufliebhaber bot 1 £ per Stück. Der Koeberger wurde so erbittert darüber, daß der von ihm verlangte niedere Preis noch mehr herabgedrückt werden sollte, daß er sein Gewehr ergriff und sämmtliche Vögel niederschoß. In 1881—82 wurde nicht selten ein schönes Straußenmännchen mit 2—300 £ bezahlt. Um auf den Schmuck für Damenhüte zurückzukommen, so hatte ich einmal die Idee, die mächtigen Blätter des Silberbaumes, welcher nur in nächster Umgebung Capstadts anzutreffen ist, als Hutschmuck zu empfehlen. Ich sandte auch einmal Proben gepreßter, präparirter Silberblätter nach Leipzig. Doch es fand sich kein unternehmender Mann diese Blätter in die Mode zu bringen.

Letzte Woche wurde in der Office von D. Edstein 2200 d gediegenes Gold gewogen, das Ergebniß eines Monat Stampfens bei der „Langlaagte Estate" und einer anderen Gold-Compagnie. Kürzlich wurde bei Tisbury, unweit Johannesburg, eine 3 Fuß breite Quarzader gefunden, man nennt dieselbe „the black reef", nach der Farbe des Quarzes. Proben von derselben sollen nicht weniger als 130 Unzen Gold per Tonne Quarz ergeben haben. Die Ader ist aber jedenfalls „patchy", wie der Engländer sagt, d. h. sie ist nicht durchgängig gleich reich, vielleicht stellenweise sogar arm. — Letzte Woche geriethen die Bevölkerung Johannesburgs in große Aufregung durch eine Reihe verübter Verbrechen. So wurden in der Nacht vom 11. zum 12. Februar ein Weißer, ein Kaffer und ein Hottentott ermordet; den Hottentotten waren die Füße zusammengebunden, der Körper des Kaffern war noch warm als man ihn des Morgens fand. In derselben Nacht wurden eine Anzahl frecher Einbrüche verübt. Man schreibt diese Schandthaten der sogenannten „Irländer Brigade" (einer Horde Taugenichtse und Loafers, kürzlich von Barberton hier angelangt) zu. Es hat sich ein Vigilance-Comité gebildet, um den Verbrechern auf die Spur zu kommen. Das Comité hat 500 £ — 10 000 ℳ Belohnung ausgesetzt für den oder diejenigen, so die Verbrecher ermitteln. Auch die Regierung hat 100 £ — 2000 ℳ ausgesetzt. Da die Straßen Nachts nicht erleuchtet sind, wenn nicht gerade Mondschein ist, so geht man sich des Abends gegenseitig aus dem Wege, weiß man doch nicht, was der Entgegenkommende für Gesinnung hegt. Sollten sich noch mehrere Fälle ereignen, dürfte Lynchjustiz nicht lang auf sich warten lassen, in Ermangelung von Bäumen genügt eine Telegraphenstange; alle aufgepaßt, ihr Mörder und Spitzbuben! — Liebhaber von Tätowirungen besuchen nicht mehr nach Neuseeland oder zu den Indianerstämmen, man kann in Transvaal gratis tätowirt werden, d. h. von den Flöhen. Weder bei den Polen noch Slovaken kann es so ungeheuer viel dieser schwarzen Plaggeister geben, als wie in Transvaal, man könnte des Morgens glauben, Frisel oder die Masern seien im Anzuge, so scheckig sieht der Körper. Insektenpulver ist in Johannesburg kaum noch zu haben, es hat fast den Werth wie Goldstaub bekommen. — Umbandine, der Swazie-König fühlt sich auf der Höhe der Situation, will sagen, daß, seit man in Swaziland reiche Goldlager vermuthet oder bereits entdeckt hat, hat der König dem „Cape smoke" (Cap Brandy) und Rum-Rum ade gesagt und trinkt nur noch Champagner. Das Kistchen (12 Flaschen) kostet ihm 15 £ — 300 ℳ und sind seine Vasallen zwischen Delagoa-Bay und der Königs Kraal fleißig unterwegs, um den edlen Schaumwein herangeschaffen. Der Häuptling kann das anführen, müssen doch die weißen Goldsucher tüchtig zahlen. Der König trinkt aus silbernem Pokal und seine Räthe dür